



Erfolg beim Zuwanderungsgesetz

Der gefundene Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz bietet die Chance, dass Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz erhält. Die vereinbarten Eckpunkte müssen nun umgesetzt werden.

Folgende Eckpunkte wurden vereinbart:

- ▶ Geschlechtsspezifische Verfolgung wird als Asylgrund anerkannt und prekäre Einzelfälle werden durch eine Härtefallkommission gelöst.
- ▶ Im Bereich der Arbeitsmigration wird eine flexible Steuerung entsprechend der Nachfrage des Arbeitsmarktes eingesetzt.
- ▶ Die Kosten der Integrationskurse für Ausländer übernimmt der Bund. Ausländer, die an den Kursen nicht teilnehmen oder diese abbrechen, werden mit strengen Sanktionen bestraft.

- ▶ Mit der Regelung zu einer Abschiebungsanordnung aufgrund einer tatsächengestützten Gefahrenprognose kann effizient auf Gefahrenpotentiale reagiert werden.
- ▶ Die Maßnahmen zur Regelanfrage bei der Niederlassung und vor der Einbürgerung, zwingende Ausweisungsregelungen bei Schleuserkriminalität und Ermessensausweisung für "geistige Brandstifter" sind konsequente Reaktionen des Staates auf die Herausforderungen durch radikale und terroristische Gliederungen.

Zum weiteren Verfahren

Anhand der Eckpunkte werden jetzt vom Bundesinnenministerium Gesetzesvorschläge für den Vermittlungsausschuss verfasst. Ziel ist es, spätestens am 30. Juni im Vermittlungsausschuss einen Beschluss zu erreichen und das Gesetz am 9. Juli endgültig zu verabschieden.

Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn ist zu einem großen Erfolg geworden. Mehr als 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 154 Länderdelegationen und mehr als 350 internationale Parlamentarier sind Anfang Juni nach Bonn gekommen und haben ein deutliches Zeichen für eine globale Energiewende gesetzt.

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul: „Wir haben eine gemeinsame Vision erreicht – eine Willenserklärung, bis zum Jahr 2015 eine Milliarde Menschen mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu versorgen.“ Auf dieses Ziel haben sich die Delegierten der Konferenz „renewables 2004“ in einer politischen Erklärung geeinigt.

Beitrag Deutschlands

Beeindruckend ist auch der Beitrag, den Deutschland zum Internationalen Aktionsprogramm leistet. Die Bundesregierung wird in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau von 2005 an für fünf Jahre 500 Millionen Euro bereitstellen. Mit diesen Mitteln werden zinsverbilligte Darlehen für Investitionen in Entwicklungsländern bereitgestellt. „Die positiven Konferenzergebnisse geben Mut: Erneuerbare Energien sind weltweit akzeptiert, sie finden hier bei uns und in den Entwicklungsländern immer neue Anhänger. Damit werden wir einen signifikanten Beitrag für die nachhaltige Verringerung der Armut in der Welt sowie für den Schutz des Klimas durch eine Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten,“ so Wiecek-Zeul.